



Nazwa instytucji

Książnica Cieszyńska

Tytuł jednostki/Tytuł publikacji

"Antrag des Abgeordneten Dr. Liebermann und Genossen,
betreffend die Einführung der Haftpflicht des Staates für das
Verschulden seiner Beamten..., Wien, 10.7.1911 r."

Liczba stron oryginału

4

Liczba plików skanów

5

Liczba plików publikacji

5

Sygnatura/numer zespołu

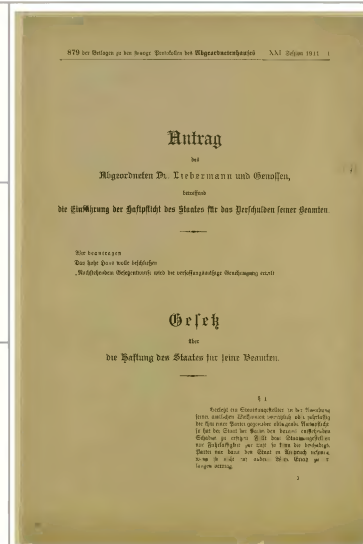
TR 056.073

Data wydania oryginału

1911

Projekt/Sponsor digitalizacji

Dofinansowano ze środków WPR Kultura+



Ministerstwo
Kultury
i Dziedzictwa
Narodowego.



NARODOWY
INSTYTUT
AUDIOWIZUALNY

KULTURA+

01 001
Digitalizacja

Antrag

des

Abgeordneten Dr. Liebermann und Genossen,

betreffend

die Einführung der Haftpflicht des Staates für das Verschulden seiner Beamten.

Wir beantragen:

Das hohe Haus wolle beschließen:

„Nachstehendem Gesetzentwurfe wird die verfassungsmäßige Genehmigung erteilt:“

Gesetz

über

die Haftung des Staates für seine Beamten.

§ 1.

Verletzt ein Staatsangestellter in der Ausübung seiner amtlichen Wirksamkeit vorsätzlich oder fahrlässig die ihm einer Partei gegenüber obliegende Amtspflicht, so hat der Staat der Partei den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen. Fällt dem Staatsangestellten nur Fahrlässigkeit zur Last, so kann die beschädigte Partei nur dann den Staat in Anspruch nehmen, wenn sie nicht auf andere Weise Ersatz zu erlangen vermag.

§ 2.

Hat sich der Staatsangestellte zur Zeit der begangenen Verletzung der Amtspflicht in einem die freie Willensbestimmung ausschließenden Zustande krankhafter Störung der Geistestätigkeit oder des Bewußtseins, so hat gleichwohl der Staat den Schaden zu ersetzen, wie wenn dem Staatsangestellten Fahrlässigkeit zur Last fiele.

§ 3.

Staatsangestellte im Sinne dieses Gesetzes sind alle in unmittelbarem oder mittelbarem Dienste des Staates auf Lebenszeit, auf Zeit oder nur vorläufig angestellte Personen, ohne Unterschied, ob sie einen Dienst geleistet haben oder nicht.

Personen des Soldatenstandes stehen im Sinne dieses Gesetzes den Staatsangestellten gleich.

§ 4.

Trifft das im § 1 bestimmte Verschulden eine dem gemeinsamen Ministerium unterstehende (§ 5 des Gesetzes vom 21. Dezember 1867, betreffend die gemeinsamen Angelegenheiten) oder dem gemeinsamen Heeresverbande angehörnde Person, so ist der Staat nur dann ersatzpflichtig, wenn die beschädigte Partei dem Staatsverbande der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder angehört.

§ 5.

Der Staat kann von dem Angestellten Ersatz des Schadens verlangen, den ersterer durch die im § 1 festgesetzte Verantwortlichkeit erleidet.

Im Falle des § 4 kann jedoch der Rückerstattungsanspruch des Staates nur dann geltend gemacht werden, wenn der schuldtragende Angestellte österreichischer Staatsangehöriger ist. Ob und inwieweit die Rückerstattspflicht auf andere dem gemeinsamen Ministerium unterstehende Angestellte ausgedehnt werden kann, ist mit den Ländern der ungarischen Krone zu vereinbaren.

Der Rückerstattungsanspruch des Staates verjährt in drei Jahren von dem Zeitpunkt an, in welchem der Ersatzanspruch der beschädigten Partei dieser gegenüber von dem Staate anerkannt oder dem Staate gegenüber rechtskräftig festgestellt wurde.

§ 6.

Für die Klage zur Geltendmachung der Ersatzansprüche, welche auf Grund dieses Gesetzes erhoben worden ist, ist ohne Rücksicht auf den Wert des Streitgegenstandes derjenige Gerichtshof I. Instanz zuständig, in dessen Sprengel die Behörde ihren Sitz hat,

von welcher oder von deren Angestellten die Pflichtverletzung ausgegangen ist.

In den im § 4 und 5, zweiter Satz, vorgesehenen Fällen ist das k. k. Landesgericht Wien ausschließlich zuständig.

§ 7.

Inwieweit die Länder, Bezirke und Gemeinden für den von ihren Angestellten in Ausübung der diesen zustehenden amtlichen Wirksamkeit zugefügten Schaden haften, wird durch die Landesgesetzgebung bestimmt.

§ 8.

Unberührt bleiben die Bestimmungen anderer bereits bestehender Gesetze, soweit sie für bestimmte Fälle die Haftung des Staates für das Verschulden seiner Organe festsetzen.

§ 9.

Den Angehörigen der Länder der ungarischen Krone sowie eines ausländischen Staates steht ein Ersatzanspruch auf Grund dieses Gesetzes nur insoweit zu, als durch die Gesetzgebung der anderen Reichshälfte sowie des ausländischen Staates oder durch Staatsvertrag die Gegenseitigkeit verbürgt ist.

§ 10.

Das gegenwärtige Gesetz findet keine Anwendung auf Ersatzansprüche, welche auf Grund einer der Wirksamkeit dieses Gesetzes vorhergegangenen Pflichtverletzung des Staatsangestellten erhoben werden.

§ 11.

Mit dem Vollzuge dieses Gesetzes ist der Justizminister beauftragt.

Begründung.

Nach dem Hofdekret vom 14. März 1806, J. G. S. Nr. 758, können „Staatsbeamte . . . ihrer Amtshandlungen wegen bei den Zivilgerichten niemals belangt werden“. Entgegen diesem Grundsatz wurde im Artikel 12 des Staatsgrundgesetzes vom 21. Dezember 1867, R. G. Bl. Nr. 145, hinsichtlich der Staatsbeamten die Regelung der zivilrechtlichen Haftung für die durch pflichtwidrige Verfügungen verursachten Rechtsverletzungen mittels eines besonderen Gesetzes in Aussicht gestellt.

Diese Zusage wurde leider bis zum heutigen Tage nicht erfüllt. Der Grundsatz der Unverantwortlichkeit des Staates für das Verschulden seiner Organe ist noch heute in unserer Gesetzgebung vorherrschend, wenn man selbstverständlich von den zwei Ausnahmen abieht, die in dem Gesetze vom 12. Juli 1872, R. G. Bl. Nr. 112, über die Haftung des Staates für das Verschulden der richterlichen Beamten sowie ferner in dem Gesetze vom 25. Juli 1867, R. G. Bl. Nr. 101, betreffend die Verantwortlichkeit der Minister festgelegt sind.

Nachdem aber die Schaffung eines allgemeinen Gesetzes über die Haftbarkeit des Staates für seine Angestellten dem zu wiederholten Malen lebhaft geäußerten Wunsche der Bevölkerung entspricht, nachdem ferner die zivilrechtliche Haftbarkeit des Staates ein richtiges Repressivmittel gegen Unrecht und Fahrlässigkeit amtlicher Organe ist und den wirksamsten Schutz gegen pflichtvergeßene oder fahrlässige Organe der staatlichen Autorität verleiht, ist es hoch an der Zeit, daß das Parlament des allgemeinen Wahlrechts endlich an die Erfüllung der in den Staatsgrundgesetzen enthaltenen Zusage schreitet.

In formeller Beziehung wird die Zuweisung an den Justizauschuß beantragt.

Wien, 10. November 1911.

L. Widholz.
Josef Tomšič.
Daszyński.
L. Reger.
Pittoni.
Volkert.
Diamand.
Hudec.
Gingr.
G. Oliva.

Dr. Liebermann.
Weiguny.
Bretschneider.
Leuthner.
Bernerstorfer.
R. Seitz.
Seliger.
Hanusch.
Glöckel.
Kefel.
D. Böw.